

Lässt sich Volksherrschaft erzwingen?

Der Politikwissenschaftler Michael Wehner über die sinkende WAHLBETEILIGUNG und die verlorene Glaubwürdigkeit von Politikern

Sie versprechen viel und können dann doch nichts ausrichten: Die Kritik vieler Bürger an Regierung und Parlamentariern ist massiv. Als eine Folge sinkt die Wahlbeteiligung seit Jahren. Der Freiburger Politikwissenschaftler Michael Wehner über Recht und Pflicht in der Demokratie.

Die Bundestagskandidaten berichten von reichlich Frust, der ihnen im Wahlkampf entgegen schlägt. Viele Bürger sagen: „Ich wähle nicht mehr, es bringt ja sowieso nichts.“ Was ist da los?

Es ist klar, dass gerade im Vorfeld von Wahlen die Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit nutzen, ihre Unzufriedenheit mit bestimmten Entwicklungen zum Ausdruck zu bringen. Das ist nicht zwingend besorgniserregend, sondern Normalität.

Bekennende Nichtwähler sind ja nicht nur ewig Unzufriedene, auch Leute wie der Soziologe Harald Welzer und der Philosoph Peter Sloterdijk sind es leid, „das kleinere Übel“ anzukreuzen.

Intellektualität schützt vor Torheit nicht. Diese Leute mögen gescheit sein, politisch gebildet sind sie nicht. Denn: 1. Bei Wahlen sind wir alle gleich, jede Stimme zählt. 2. Wahlen sind niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten und damit das Königs- und Kernrecht der Demokratie. 3. Wahlen sind am geringsten sozial verzerrt, das heißt, die Repräsentativität ist hier am höchsten. 4. Wer wählt, beteiligt sich auch sonst mehr, etwa durch Leserbriefe, in Bürgerinitiativen oder mit Online-Petitionen.

Aber haben die Leute nicht recht, wenn sie sagen, dass die Politiker letztlich wenig ausrichten können? Der Einfluss von Weltmärkten, internationalen Krisen und Konjunktur ist doch tatsächlich viel entscheidender als ein paar Kitaplätzle mehr oder etwas Mindestlohn weniger.

Das trifft sicher zu. Und Politiker haben zum Teil selbst Schuld daran, weil sie Erwartungen kreiert haben, die sie nicht erfüllen können. Aber dennoch werden die Rahmenbedingungen durch sie geschaffen – ob das Konjunkturprogramme sind oder Hartz-IV-Regelsätze. Insofern macht es schon einen Unterschied, welche politische Richtung ich mit meiner Wahl unterstütze.

Zwar sinkt die Wahlbeteiligung, doch das bürgerliche Engage-



Immer mehr Menschen haben keine Lust mehr, schon wieder ihr Kreuzchen auf einem Wahlzettel zu machen.

FOTOS: DPA-ARCHIV/ZVG

ment nimmt zu. Ein Drittel der Menschen engagiert sich freiwillig, Bürgerbeteiligung boomt. Das heißt doch: Sie wollen mehr mitgestalten, nicht weniger.

Es ist keine Frage, dass Demokratie sich nicht in der Beteiligung bei Wahlen erschöpft. Es gibt viele andere Arten des Mitgestaltens, und dass die Menschen diese nutzen, ist zu begrüßen. Dennoch: Es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen Bildung, Einkommen und der Partizipation an Wahlen und auf andere Weise. Studien zum Beispiel der Bertelsmann-Stiftung zeigen, dass vor allem Menschen mit höherer Bildung, höherem Einkommen und Angehörige der Mittel- und Oberschicht sich mehr an der Demokratie beteiligen. Auch Elternhaus und Freundeskreis spielen eine Rolle.

Die Wahlbeteiligung nimmt seit Jahren ab. Bei der Bundestagswahl 2009 lag sie bei nur 70 Prozent. Gibt es eine Schwelle, ab der Sie sich Sorgen machen?

50 Prozent sind eine solche Schwelle. Und der nähern wir uns immer öfter, etwa bei Kommunalwahlen. Bei der letzten Europawahl 2009 lag die Wahlbeteiligung bei nur 43 Prozent. Die niedrigste Wahlbeteiligung bei einer Landtagswahl war die in Sachsen-Anhalt 2006 – sie betrug 44,4 Prozent. Bei einem solchen Wert stellt sich die Legitimationsfrage: Denn es entscheidet eine Minderheit, wer in den nächsten Jahren die politische Gestaltung eines Landes oder einer Kommune übernimmt.

Es gibt auch Politikwissenschaftler, die sagen: Die hohe Zahl von Nichtwählern ist doch undra-

matisch, die Leute sind eben zufrieden damit, wie es läuft.

An dieser so genannten Normalisierungsthese mag sogar etwas dran sein. Die Westdeutschen waren nach dem Zweiten Weltkrieg Weltmeister im Wählen, Rekordbeteiligung war die von 91 Prozent bei der Bundestagswahl 1972. Doch schwindende Legitimation, soziale Verzerrung und Distanzierung von der Demokratie, die ich eben skizziert habe, sind die möglichen Folgen der Wahlabsenz.

Relativ neu ist ja die „Nein-Idee“-Partei, die in letzter Zeit bei einigen Kommunalwahlen angetreten ist. Was zeigt sich darin?

Es gibt immer Institutionen und Personen, die karikieren und satirisch überzeichnen. Aber ich finde, die Demokratie ist eine zu ernste Angelegenheit, als dass man mit ihr Spaß treiben könnte, und ein konkretes Programm hat diese Partei nicht.

Ernst nehmen kann man auch das Glaubwürdigkeitsproblem der Politiker, doch statt da anzusetzen, fordern Sie eine Wahlpflicht. Ein solcher Zwang widerspricht doch in elementarer Weise Freiheit und Demokratie.

Es ist tatsächlich so, dass in einer Demokratie niemand zu etwas gezwungen werden sollte. Wenn man aber die Norm, zur Wahl zu

gehen, als Bürgerinnen- und Bürgerpflicht begreift und feststellt, dass diese vor allem von der jüngeren Generation immer weniger angenommen wird, dann muss man sich etwas überlegen. Die Einführung einer Wahlpflicht ist eine einfache und erfahrungsgemäß erfolgreiche Art, Repräsentativität herzustellen. Und darum geht es ja in der Demokratie. Nichtsdestotrotz ist es ein Instrument mit Gefahren und Problemen. Man kann sagen: Jetzt schlägt der Obrigkeitsstaat zu und verlangt von mir etwas. Doch umgekehrt sage ich: Es ist eine Verpflichtung der Menschen, sich in einer Gesellschaft zu beteiligen, und deshalb kann man diese minimale Form der Beteiligung verlangen.



„Nichtwählen könnte man als Ordnungswidrigkeit sehen, die mit 15 Euro geahndet wird.“

Michael Wehner, Leiter der Freiburger Außenstelle der Landeszentrale für politische Bildung

Sie glauben, die Menschen lassen sich zum Wählen zwingen? Viele werden ihren Wahlzettel ungültig machen wie damals in der DDR, als dies die einzige mögliche Demonstration politischen Unmuts war.

Man sollte die Form der „Repression“ nicht intensiv, sondern lediglich symbolisch halten. Im Kanton Schaffhausen in der Schweiz zahlen Sie gerade mal drei Franken für eine Nichtbeteiligung an der Wahl. Dennoch funktioniert die Wahlpflicht: Die Wahlbeteiligung liegt in Schaffhausen um 10 bis 15 Prozent höher als in anderen Kantonen. In

Belgien und Luxemburg haben Sie sogar 80 bis 90 Prozent, da wird aber auch etwas stärker sanktioniert. Doch es stimmt: In Australien gibt es die Theorie der „Donkey Vote“, also der Esels-Abstimmung, in der man den Stimmzettel ungültig macht oder extremistisch wählt. Aber auch diese Dokumentation von Unzufriedenheit ist ja ein Indiz, das man bei der Auswertung heranziehen kann. Immerhin: Es gibt eine Kommunikation zwischen System und Bürgern.

Welche Sanktion fänden Sie denn angemessen?

Meiner Meinung nach lässt sich Nichtwählen mit dem Übertreten der Höchstgeschwindigkeit beim Autofahren vergleichen. Insofern könnte man sagen, es ist eine Ordnungswidrigkeit, die mit 15 Euro geahndet wird.

Belgien hatte trotz Wahlpflicht zuletzt Probleme, überhaupt eine Regierung zu bilden, auch Griechenland und Italien sanktionieren das Nichtwählen und stehen nicht eben glänzend da.

Eine Wahlpflicht schützt nicht vor Ineffizienz. Natürlich gibt es Regierungen, die ihren Job nicht machen und Parlamente, die den Auftrag nicht umsetzen.

Was geschieht, wenn es – auf welche Weise auch immer – nicht gelingt, die Menschen wieder für die Arbeit von Parlament und Regierung zu interessieren?

Demokratie-Schläfer können zu Demokratie-Gefährdern werden. Eine aktuelle Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung macht deutlich: Je länger Menschen sich nicht an Wahlen beteiligen,

desto weiter entfernen sie sich vom politischen System und können extremistische Positionen einnehmen. Es besteht die Gefahr, dass sie die Basis der Demokratie, nämlich die Akzeptanz von Normen, Gesetzen und Konsensen, unterhöheln.

Es entstünden Parallelgesellschaften mit eigenen Gesetzen?

Nun, das würde die Einrichtung, die das öffentliche Gewaltmonopol innehat, zu unterbinden suchen. Ich will kein Schreckensszenario zeichnen, aber wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schlechter werden, kann es sein, dass Menschen mit Distanz zur Demokratie glauben, dass sie in autoritären Systemen, die materiellen Wohlstand und soziale Sicherheit versprechen, besser aufgehoben sind. Dann sind Radikalisierung und Gewalt nicht auszuschließen.

Andere Kritiker der Wahlmüdigkeit fordern statt einer Wahlpflicht mehr direkte Demokratie. Wäre das nicht der bessere Weg?

Doch, auf jeden Fall. Formen direkter Demokratie sind sehr zu begrüßen. Man muss nur wissen: Je komplexer eine Beteiligungsform, desto mehr Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich einzuarbeiten, braucht sie. Darüber hinaus sollte man sich weitere Elemente überlegen: Mit Vorwahlen zur Zusammenfassung der Listen ließe sich die Demokratie innerhalb der Parteien stärken, mit Online-Wahlen könnte man jüngere Leute gewinnen. Auch denke ich, dass man nicht am strikten Wahlsonntag festhalten muss. Aus den USA gibt es ermutigende Beispiele wie das „Early Voting“, bei dem man zwei Wochen vor dem eigentlichen Termin seine Stimme abgeben kann. All das könnte die Wahlbeteiligung stärken.

Wie lautet Ihre Prognose: Wird das Gelingen, oder wird die Wahlbeteiligung weiter sinken?

Ich denke schon, dass die Wahlbeteiligung international weiter zurückgehen wird. Aber es gibt auch ermutigende Beispiele wie die Landtagswahl 2011 in Baden-Württemberg, als die Atomkatastrophe in Fukushima eine unwahrscheinliche Mobilisierung ausgelöst hat. Die Wahlbeteiligung ist da um 13 Prozent auf 66 Prozent gestiegen. Das heißt: In Schlüsselmomenten erkennen die Menschen, dass es lohnt, sich an der Demokratie zu beteiligen, und dass es einen Unterschied macht, wo ich mein Kreuzchen hinsetze.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE SIGRUN REHM



interlücke

NEU

WWW.SCHWEIGERT.DE

Anders! Besser! Erleben Sie selbst!

Höchste Flexibilität und Wandlungsmöglichkeiten, passend und individuell für jeden Einsatzbereich, egal ob als Sideboard, Lowboard oder Raumteiler.

Erwischen Schweigert KG | D-79689 Maulburg | Hauptstr. 28
Mo - Fr. 9.30 - 20.00 Uhr | Sa. 9.00 - 17.00 Uhr
info@schweigert.de | +49 76 22 / 39 93-0

